

Liebe Züchterfreundinnen, liebe Züchterfreunde,  
verehrte Gäste,

bevor ich mit meinem kombinierten Jahres- und Tierschutzbericht beginne, möchte ich mich bei vielen Züchterfreunden für Ihre Unterstützungen und Anregungen bedanken. So macht es Freude für unsere gemeinsame Sache, unsere Erhaltungszuchten im Rahmen der Rassegeflügelzucht, Einsatz aufzubringen.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Vorstandskollegen. Ohne ihre tatkräftige Mithilfe im theoretischen und praktischen Bereich wäre das enorme Arbeitspensum des letzten Jahres nicht zu bewältigen gewesen. Besonders freut mich dabei, dass sich unser Arbeitsaufteilungsplan in der Vorstandschaft als praxisnah erwiesen hat und jeder nicht nur sein Aufgabengebiet kennt, sondern es auch tatkräftig umsetzt. Nach außen sichtbar wird diese Arbeit vor allem in unserer VHGW-Info, der VHGW-Homepage und der reibungslosen Verwaltungsbewältigung.

Viele Aufgabenfelder habe ich bereits in meinem Jahresbericht für die „BDRG-Informationen 2007“ angesprochen. Diesen Bericht haben Sie in der letzten VHGW-Info erhalten. Deshalb möchte ich meine Ausführungen auf Fakten beschränken, die über diese Darstellung hinausgehen.

Begonnen hat das Arbeitspensum mit der Jahreshauptversammlung 2006 in Ahlen, durchgeführt vom Sonderverein der Kastilianerzüchter. Verantwortlich war sein 1. Vorsitzender Bubi Pützfeld, bei dem ich mich nochmals herzlich für die gelungene Tagung bedanken möchte. Das Gleiche gilt für Jürgen Heil vom Sonderverein Deutscher

Orpingtonzüchter, dem diesjährigen Ausrichter der Tagung. Sie lief bereits in den vergangenen zwei Tagen vorzüglich an, und auch für heute wurde alles vortrefflich geplant. Wir wollen ihm mit einem kräftigen Applaus dafür danken.

Hatten wir letztes Jahr noch organisatorische Probleme, weil einige Sondervereine keine Jahresmeldung abgaben oder den Beitrag nicht zahlten, so haben dieses Jahr die Sondervereine solide gearbeitet. Lediglich vom SV der Redcaps fehlt uns bis heute die Jahresmeldung und der WGZV Rangau Fürth hat noch keinen Beitrag überwiesen. Ich bitte dieses Versäumnis umgehend nach dieser Jahreshauptversammlung nachzuholen.

Gegenüber dem Vorjahr sank der Mitgliederbestand um 255 Züchter. Das entspricht einem Rückgang von 3,1 Prozent gegenüber 2006. Aktuell haben wir 7940 Mitglieder. Besonders dramatisch war der Rückgang bei den Sundheimern. Es waren 29 Prozent. 27 Prozent Rückgang hatten die asiatischen Langkräher, bei 25 Prozent lag der Rückgang bei den gesäumten Wyandotten. Auch 12 Prozent bei den Australorps sind besorgniserregend. Sehr erfreulich sind die Mitgliederzunahmen bei anderen Sondervereinen: 40 Prozent bei den Ramelslohern, 34 Prozent bei den Bergischen Hühnerrassen, 28 Prozent bei den Tuzos und 25 Prozent bei den Mechelnern.

Der VHGW-Mitgliederrückgang dürfte in Zusammenhang mit der Vogelgrippe stehen. Die sinnlosen und häufig willkürlichen staatlichen Auflagen sind kontraproduktiv für den Rassenerhalt und die Züchterbetätigung. Dass sich viele Züchter durch solche Schikanen nicht entmutigen ließen, verdient einen besonderen Dank.

Unser Höhepunkt im abgelaufenen Verbandsjahr war unsere VHGW-Verbandsschau in Hannover. In Absprache mit der Ausstellungsleitung fand sie neben der Deutschen Junggeflügelschau als eigenständige Schau statt. Diese erfreuliche Tatsache legte die Grundlage, dass Jugendliche bei der deutschen Meisterschaft teilnehmen konnten. Die Deutsche Meisterschaft selbst war für den VHGW ein finanzielles Zuzahlgeschäft, da die Teilnehmezahlungen die Kosten für die Meisterschaft nicht deckten.

Der Grund lag in den Vogelgrippebestimmungen und der nicht vorhandenen Einsicht der Ausstellungsleitung und Messeleitung, auf einen Tierverkauf zu verzichten. Deshalb wurde im Wassergeflügelbereich eine teure virologische, völlig unnötige Untersuchung notwendig. Dadurch sprangen viele potenzielle Aussteller ab und bereits getätigte Meldungen wurden zurückgezogen. Dieses Vorkommnis zeigt, dass der VHGW mehr Mitspracherecht benötigt bei der Durchführung unserer Schauen, weshalb unser Vergabekatalog einer Überarbeitung bedarf, mit der wir bereits dieses Jahr beginnen wollen. Wir müssen uns bei der Vergabe unserer Schauen auch überlegen, wohin wir gehen, damit sich solche oder andere Misslichkeiten nicht wiederholen, denn der VHGW sprach sich klar gegen ein Verkaufsgebaren aus, wenn dadurch die VHGW-Züchter zusätzlich finanziell belastet werden.

Ich habe schon kurz die Vogelgrippe angesprochen. Sie stellte und stellt eine große Gefahr für unsere Erhaltungszuchten dar. Dabei liegt die Gefahr weniger in der Vogelgrippe selbst als vielmehr in der bürokratischen Umsetzung der Vorkehrungen. Ging man bislang trotz fehlender Beweise von einer Zugvogel- bzw. Wildvogeltheorie als Verbreitungsweg aus, so fangen die Politik und Wissenschaft nunmehr

verstärkt an, darüber nachzudenken, ob nicht die Massentierhaltung mit ihrem Gütertransport der eigentliche Grund der Vogelgrippeverbreitung ist. Die Wildvögel sind dann nicht mehr der Täter, sondern das Opfer. Biologisch ist diese Annahme sinnvoll und durch Vorgänge in der jüngeren Vergangenheit bestätigt worden. Ich erinnere nur an die Virusverschleppung von Ungarn nach Großbritannien innerhalb der Bernhard-Matthews-Food-Gruppe oder den Ausbruch der Vogelgrippe in Nürnberg, nachdem aus einem infizierten Betrieb in Tschechien ein Gütertransport in den Nürnberger Raum ging.

Der VHGW wird nicht müde, die Verbreitung der Vogelgrippe durch die Wildvögel mit Argumenten zu bestreiten. Seit zwei Jahren führt er an, dass die Massentierhaltung die Ursache des Virus ist – denn nur hier haben die Viren das Potenzial, das sie für eine Veränderung vom nicht pathogenen zum pathogen Zustand brauchen. Diese logische Annahme verbreiten bereits auch viele Tierschutzorganisationen, u. a. unser Kooperationsverband PROVIEH.

Mit ihm zusammen unter der Hoheit und Federführung des BDRG haben wir auch unsere Klage gegen die Aufstallung vorbereitet. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei allen Züchtern und Sondervereinen für die finanzielle Unterstützung bedanken.

Eine Sammelklage ist aus rechtlicher Sicht nicht möglich. Somit sind wir gezwungen, alle Verfahren in Einzelzüchterklagen durchzuführen. Nach Prüfung durch RA Büge sollte dies flächendeckend über Deutschland geschehen mit verschiedenen Schwerpunkten. Nur wenige Züchter zeigten sich spontan bereit, den Klageweg mitzugehen. Es hat den Anschein, als sei bei den Züchtern in Sachen Klagebereitschaft eine gewisse Hemmschwelle vorhanden. Diese Angst ist völlig unbegründet.

BDRG und VHGW werden diese Züchter unterstützen und mit RA Büge hat der BDRG einen erfahrenen Anwalt zur Seite. Der Slogan: Alle für einen, einer für alle sollte auch für die Züchter im BDRG gelten.

Die von BDRG, VHGW und PROVIEH angedacht Klagestrategie kann in der Praxis nur teilweise Anwendung finden. Um den Erfolg einer Klage zu sichern, brauchen wir auch Vermehrungsbetriebe oder Geflügelhändler. Der kommerzielle und wirtschaftliche Faktor lässt sich vor Gericht weitaus gewichtiger darstellen als den für uns wichtigeren Gedanken der Erhaltungszucht. Leider bekommen diese Betriebe im Ernstfall staatliche Entschädigungen, d. h., sie verdienen Geld ohne zu arbeiten. Ihr seht an diesen Beispielen, wie wichtig es ist, sorgfältig abzuwägen. Etwaige Alleingänge von ungeduldigen Züchtern könnten uns mehr schaden als nutzen.

Rechtsanwaltliche Schnellschüsse, wie jüngst in Thüringen geschehen, sind aus menschlicher Sicht nachvollziehbar, jedoch sollten alle Funktionäre in unserer Organisation die vorhandene und jederzeit zur Verfügung stehende Kernkompetenz des eigenen Klageteam mit RA Büge nutzen. BDRG und VHGW haben auf ihrer Internetseite Handlungsempfehlungen für den Fall eines Geflügelpestausbruchs hinterlegt. Bitte verlinkt diese Seiten auf der Homepage Eures SV oder informiert auf kürzestem Weg Eure Mitglieder, wie und wo sie diese Empfehlungen finden.

Obwohl wir mit über 50.000 Euros Spenden eine tolle Summe zusammenbekommen haben, bin ich ganz allgemein betrachtet, über den Solidaritätsgedanken in unserer BDRG-Organisation enttäuscht. Bei 250.000 Mitgliedern hätte ich die entsprechende Summe erwartet, die gerade hinsichtlich der neuen Vogelgripperepressalien notwendig sein

wird um erfolgreich gerichtlich durch alle Instanzen klagen zu können. Dabei können wir uns keinen billigen Feld-Wald-und-Wiesenanwalt leisten, sondern brauchen einen Spezialisten, den wir mit RA Büge haben. Spezialisten kosten aber Geld! Deshalb bitte ich jeden Sonderverein im VHGW und jedes Mitglied im BDRG, den solidarischen einen Euro zu spenden. Wenn man ins Kalkül zieht, dass viele nicht organisierte Züchter gespendet haben, ist es dringender denn je nötig, dass die bislang nicht solidarischen Mitglieder ihre Solidarität zeigen.

Liebe Züchterinnen und Züchter, 1200 gekeulte Tiere in einer Nacht- und- Nebelaktion in Thüringen sind kaum in Worte zu fassen. Menschen wurden polizeilich festgesetzt, weil sie ihre Tiere schützen wollten. Ohne amtliche Dokumente vorzuweisen, wurden Rassen, die auf der Roten Liste stehen, gnadenlos gekeult. Jedes tote Tier ist ein totes Tier zu viel. Dieses Horrorszenario kann sich jederzeit an jedem Ort in Deutschland wiederholen. Es stehen unsere Zuchten und unsere gesamte Organisation auf dem Spiel. Soll das alles wegen der Unfähigkeit oder der Unwilligkeit, einen Euro zu spenden, in Frage gestellt werden?

Ich bitte nochmals alle säumigen BDRG- und VHGW-Mitglieder um die Spende von einem Euro. Macht es wie der SV der Deutschen Reichshühner und übergebt die Spende mit Öffentlichkeitswirkung. Wir haben auf unserer VHGW-Homepage extra eine Liste zum Eintragen Eurer Spenden aufgeführt. Tragt Euch dort ein, damit jeder sehen kann, dass dieser und jener SV und diese und jene Organisation und dieser und jener Züchter die Spendenaktion für den Kampf um unsere Rechte, um den Erhalt unserer Rassen und um den Schutz des Lebens von jedem einzelnen Huhn, jeder einzelnen Gans, Ente, Pute und jedem Truthuhn unterstützt. Das mutwillige, willkürliche und sinnlose Töten

unserer Tiere muss ein Ende nehmen und das geht nur über gerichtliche Klagen!

In zahlreichen Schreiben haben wir EU-Abgeordnete, das Landwirtschaftsministerium und Politiker, vornehmlich im Agrarausschuss und im Tierschutzbereich, wegen der unverhältnismäßigen Maßnahmen bei der Vogelgrippebekämpfung zugunsten der industriellen Massentierhaltung und zu Ungunsten der Erhaltungszuchten mit Sicherung der genetischen Vielfalt im Rassegeflügel- und Hobbygeflügelbereich angeschrieben.

Die Resonanz ist unterschiedlich. Das Bundeslandwirtschaftsministerium mit ihrem Wirtschaftsgeflügellobbyisten Horst Seehofer, wie ihn Wilfried Detering in seiner Festrede auf der diesjährigen BDRG-Tagung treffend bezeichnete, mauert vehement. Es zeigt ganz deutlich, dass nur die Wirtschaft etwas zählt, die Erhaltung von genetischer Vielfalt aber mit Füßen getreten wird, obwohl sich die Bundesrepublik Deutschland zu deren Erhaltung in einem völkerrechtlich verbindlichen internationalen Abkommen verpflichtet hat. Horst Seehofer hat die Züchter im Stich gelassen. Mehr noch: Er hat ihre Interessen, die Erhaltung der biologischen Vielfalt, verraten und verkauft.

Summa summarum können wir aufgrund der Antworten der Politiker feststellen, dass nur das Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auf der Seite der Züchter stehen. CDU, CSU, SPD und FDP befürworten den momentanen Status quo, der für Rassegeflügelzüchter und ihre Erhaltungszuchtarbeit eine Geißel darstellt.

Sämtlichen Briefverkehr könnt ihr im Internet nachlesen, denn der VHGW-Vorstand legt großen Wert auf eine gläserne Verbandsarbeit. Im

Übrigen empfehle ich das kostenlose Abonnieren der Neuigkeiten auf unserer Homepage, da Sie hierdurch umfassend zu verschiedenen Gesichtspunkten informiert werden – auch zur Demonstration in Erfurt am kommenden Donnerstag gegen die willkürliche Keulung in Thüringen. Ein großes Poster an der Eingangstür informiert alle Anwesenden über die Details.

In diese Verbandsarbeit integriert ist die Forderung, dass die Aufstallungsverordnung in ihr Gegenteil gedreht wird, wie es bereits in der Schweiz geschah. Das fordert seit der BDRG-Bundestagung im Mai 2007 auch der BDRG. Wir haben diese Forderung bereits als Resolution eine Woche nach der großartigen Demonstration in Berlin im Mai 2006 auf einer völlig deplazierten Sitzung im Landwirtschaftsministerium dem Staatssekretär Lindemann übergeben.

Wenn es im Bundesrat zu einer Abstimmung zur Lockerung der Repressalien kommen soll, taucht seltsamerweise kurz vorher immer ein Vogelgrippefall auf. Dieses Mal war es im Juli 2007 nicht anders. Erst nach einer Referenzprüfung durch das FLI wurde bei diesem Tier die dubiose H5N1-Infektion bestätigt. Hat diese Praktik System? Sind solche Fälle inszeniert? Wenn man die Vergangenheit kritisch analysiert, kommen zwangsläufig solche Gedanken.

Wir fordern weiterhin ein Impfen unserer Tiere. Durch dieses Impfen können wir die Tiere trotz Vogelgrippegefahr ganzjährig im Freien halten. Es gibt bereits heute zwei Impfstoffe mit EU-Zulassung und Markerqualität, die per Nadel verabreicht werden. Dass sie nicht zum Einsatz kommen, hängt einzig und allein am Veto der industriellen Wirtschaftsgeflügelzucht und ihren Lobbyisten auf der politischen Bühne.

Bei täglich über 100000 Küken im Wirtschaftsgeflügelbereich kommt sie für diesen Zweig zu teuer. Weil man den Euro als Grund für Verfehlungen im Tierschutzbereich der Öffentlichkeit nicht verkaufen kann, sucht man Pseudoargumente, die man als falschen Hinderungsgrund in die Runde wirft. Dass die Alternative, eine kostengünstigere Impfung übers Trinkwasser oder per Sprayverfahren, unverhältnismäßig lange dauert, muss dem Bundesministerium angelastet werden. Der VHGW vermisst den nötigen Druck aus diesem Ministerium für eine aktive Problembewältigung.

Für Menschen gibt es bereits Vogelgrippeimpfungen, obwohl der Virus, gegen den geimpft werden soll, noch gar nicht existiert. Für Geflügel gibt es noch keinen einsatzfähigen Impfstoff auf Trinkwasserbasis. Es besteht der Verdacht, dass hier alles unnötig verzögert wird. Dank unserer deutschen Bürokratie ist dieses auch problemlos möglich!

Durch die krassen Tierschutzverfehlungen auf Druck des deutschen Staates im Geflügelbereich treten andere diskussionswürdige Tierschutzproblemfelder in den Hintergrund. Wir müssen uns aber nach wie vor mit der so genannten Qualzuchtproblematik auseinandersetzen. In der Angelegenheit der Enten mit Haube hat Thomas Müller, unserer Rechtsbeistand, kein einfaches Feld vor sich.

Damit es in anderer Hinsicht erst gar nicht so weit kommt, hat der Wissenschaftliche Geflügelhof letztes Jahr die Thematik der Sichtfreiheit bei Geflügel mit Haube und übergroßem Schopf angesprochen. In einem Referat letztes Jahr auf unserem Fachprogramm wurde dieses überdeutlich. Dafür musste ich von einem gemischten Sonderverein für Groß- und Zwerggrassen herbe Kritik einstecken, weil ich mich intensiv

für eine Beseitigung dieses Problems eingesetzt habe. Dieses Jahr hat auf der Verbandstagung der Deutschen Preisrichtervereinigung der Wissenschaftliche Geflügelhof dieses Problemfeld wiederum in den Mittelpunkt gestellt. Nunmehr wird sich auch der Preisrichterverband dieser Problematik verstärkt annehmen und gegen mangelnde Sichtfreiheit einschreiten. Vornehmlich die Obleute auf Schauen sind gefordert, lenkend in die Bewertung einzugreifen. Vor allem sind aber die Züchter gefordert, entsprechend zu züchten, sonst gefährden sie selbst ihre Rassen. Ich verweise extra darauf, dass vorerst die Haube zwecks besserer Sichtfreiheit beschnitten werden darf. Wer sich dieser Maßnahme seit 8 Jahren verweigert, scheint unbelehrbar zu sein und ist eine potenzielle Gefahr für die entsprechende Rasse.

Verschiedene Sondervereine haben bereits die VHGW-Empfehlung umgesetzt, den Erhaltungszuchtgedanken in den Verbandsnamen zu integrieren. Der VZV hat zwischenzeitlich diese Maßnahme ebenfalls empfohlen und auf der BDRG-Bundestagung 2007 hat sich unser Dachverband dieser Empfehlung angeschlossen. Das geschah ganz einfach deshalb, weil daraus in der Öffentlichkeit offensichtlich wird, was wir eigentlich tun – nämlich alte Rassen vor dem Aussterben zu bewahren.

Intern ist der VHGW sehr unzufrieden mit seiner Stellung innerhalb des BDRG. Obwohl die fundierte rassespezifische Arbeit im BDRG aus dem VHGW, dem VZV, dem VDT und dem VZI kommt, haben diese Fachverbände keine gleichberechtigte Stellung im BDRG. Dieses liegt nicht am BDRG-Präsidium, sondern vielmehr an den Landesverbänden, die bislang in ihrer Mehrheit nicht gewillt waren, einer Gleichberechtigung zuzustimmen.

Deshalb wurde auf der BDRG-Versammlung im Mai 2007 eine Arbeitsgruppe gegründet, welche die Beitrags- und Mitgliedschaftsstrukturen hinterfragt und angesichts der Bundesringmisere im Jahr 2006 eine neue Plattform erarbeiten soll. Dieser Antrag wurde vom VDT gestellt. Bereits im Vorfeld hat sich der VHGW in dieser Angelegenheit und ersten Gesprächen mit den VDT-Forderungen öffentlich solidarisch erklärt. Die Fachkommission ist mit BDRG-Präsidiumsvertretern, Landesverbandvertretern und Fachverbandsvertretern besetzt.

Wäre eine gerechte Stellung der Fachverbände im BDRG gegeben, wäre auch die finanzielle Stellung eine andere als heute. Der VZV musste wegen akuter finanzieller Probleme seinen Jahresbeitrag von 50 auf 75 Cent dieses Jahr erhöhen. Der VHGW schlug seinen Mitgliedern bereits letztes Jahr zur Konsolidierung der Finanzen eine Abgabe von 25 Cent pro ausgestelltes Tier auf der VHGW-Bundesschau durch die Ausstellungsleitung vor. Viele Züchter befürchteten dadurch eine Erhöhung des Standgeldes und lehnten diesen Vorschlag ab. Sie machten deutlich, dass alle Mitglieder bei einer Finanzierung belastet werden sollten, was nur durch eine Beitragserhöhung möglich ist. Durch die Ringmisere und die Bezuschussung der Deutschen Meisterschaft aufgrund der Vogelgrippeproblematik ist der VHGW dieses Jahr kräftig in die roten Zahlen gerutscht. Dass wir überhaupt noch geschäftstüchtig sind, hängt damit zusammen, dass wir auf Reserven zurückgreifen konnten. Zudem konnte ich als Chefredakteur der Geflügel-Börse auf verschiedenen Tagungen den VHGW vertreten, ohne dass dafür für den Verband auch nur ein Cent an Fahrtkosten, Übernachtungen oder Tagegeld angefallen ist. Auch Erich Kowert hat unseren Verband bei nahen Tagungen zu seinem Wohnort mehrmals kostenlos vertreten. Ohne diese Glücksfälle wäre die Kasse noch massiver belastet worden.

In diesem Zusammenhang bitte ich auch um Verständnis, dass zu Jubiläen, zu denen ich eingeladen werde, nur dasjenige Vorstandsmitglied kommt, das am nächsten am Veranstaltungsort wohnt.

Um die Geschäftsfähigkeit des VHGW zu garantieren, werden wir wie unser Bruderverband VZV eine Beitragserhöhung vorschlagen. Durch diese Maßnahme wird die Last auf alle Schultern verteilt und nicht nur auf die der Aussteller. Eine Alternative wäre die massive Streichung unsere Preise. Diese sind aber ein wichtiges Instrument für die Wertschätzung der züchterischen Erhaltungszuchtarbeit, auf die wir keineswegs verzichten wollen und dürfen.

Selbstverständlich werden weitere Ausgabenbereiche kritisch durchleuchtet. So wird es die bislang obligatorische Frühjahrsvorstandssitzung zukünftig nicht mehr geben. Notwendige Entscheidungen werden per Internetkonferenz getätigt werden, so wie sie zurzeit in allen anderen Entscheidungsprozessen innerhalb der VHGW-Vorstandschaft üblich sind.

Unsere diesjährige VHGW-Bundesschau findet in Sinsheim am 3. und 4. November statt. Meldpapiere sind bereits im Internet, hier vor Ort und werden in den Fachzeitschriften veröffentlicht. Wir werden diese Schau als eine Heinz-Möller-Jubiläumsschau ausrichten, da unser Ehrenvorsitzender dieses Jahr 85 Jahre alt geworden ist. Mit dieser Schau, die seinen Namen trägt, wollen wir seine Verdienste um den VHGW vertiefend würdigen. Auch diese VHGW-Schau wird als eigenständige Schau durchgeführt. Die Ausstellungsleitung hat unserem 2. Vorsitzenden sogar zugesichert, am Titelbild des Schaukatalogs im VHGW-Sinn mitarbeiten zu dürfen.

In Anbetracht der Gesamtbetrachtungsweise bitte ich zu entschuldigen, dass ich auf viele Einzelheiten – wie Besuche von Schauen, Tagungen, Veröffentlichungen in Fachzeitschriften, Gespräche mit Politikern, Wissenschaftlern, Grußworte für Jubiläen und vieles mehr – erst gar nicht eingegangen bin. Vieles ist in unserer VHGW-Info und auf unserer VHGW-Homepage aufgeführt und kann nachgelesen werden. Wer zu diesem Bericht oder zu nicht aufgeführten Details Fragen hat, kann diese natürlich in der Diskussionsrunde zu den Jahresberichten stellen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf eine Maßnahme hinweisen, die unsere Problematik mit all unseren Sorgen und Nöten verstärkt in die Politik trägt. Im Internet kann man unter [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) Fragen an alle Bundestagsabgeordnete öffentlich ins Netz stellen. Viele antworten darauf auch. Aber selbst wenn sie nicht antworten, werden unsere Probleme deutlich und ein öffentliches Interesse entsteht. Der VHGW kann mit verschiedenen Vorstandspersonen nur hier und da eine Frage platzieren. Ihr seid aber 8000 Züchter. Wenn jeder nur eine Frage stellt, wird urplötzlich unsere Problematik mit der Vogelgrippe, mit fehlender Tierhaltungsmöglichkeit, mit angeblicher Ruhestörung durch den Hahnenschrei oder mit fehlender Zuchtgrundlage im innerstädtischen Bereich offenkundig. Tragt diese Tatsache, die auch schon in der VHGW-Info stand, massiv in Eure Sondervereine zur Erhaltung unserer Rassen. Es dürfte ein Leichtes sein, hier aktive politische Verbandsarbeit in unserem ureigensten Sinn zu betreiben – man muss nur wollen. Ihr seid eine gewaltige Macht in der Öffentlichkeit, aber ihr müsst es auch zeigen.

In diesem Sinn danke ich Euch für Eure Aufmerksamkeit und hoffe, dass ich Euch einen Ausschnitt aus meinem Arbeitsbereich vermitteln konnte.

Vor allem wünsche ich uns aber eine gute, vogelgrippefreie Ausstellungssaison, damit wir unsere erfolgreiche Arbeit zur Erhaltung unseres alten Kulturgutes und Sicherung wertvollster genetischer Ressourcen der Öffentlichkeit vorstellen können. Ich wünsche Euch viel Erfolg dabei.